

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Donnerstag (Vormittag), 18. März 2021 / Jeudi matin, 18 mars 2021

2. Priorität – Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
2^e priorité – Direction de l'économie, de l'énergie et de l'environnement

102 2020.RRGR.181 Motion 130-2020 Josi (Wimmis, SVP)
Keine weiteren Poststellenschliessungen

102 2020.RRGR.181 Motion 130-2020 Josi (Wimmis, UDC)
En finir avec les fermetures d'offices de poste

Präsident. Dann fahren wir weiter mit Traktandum 102, der Motion von Grossrätin Barbara Josi «Keine weiteren Poststellenschliessungen». Der Antrag der Regierung lautet auf Ablehnung. Ich gebe das Wort der Motionärin, Grossrätin Josi.

Barbara Josi, Wimmis (SVP). Wir möchten den Regierungsrat gerne beauftragen, dass er sich bei der Schweizerischen Post (Post) und den Bundesbehörden mit Nachdruck dafür einsetzt, dass im Kanton Bern möglichst keine weiteren Poststellen mehr geschlossen werden und dass die laufenden Überprüfungen der Poststellen sistiert und abgebrochen werden. Diesen Vorstoss haben wir vor fast einem Jahr eingegeben. Leider verzichtete der Regierungsrat damals auf eine Dringlichkeit. Obwohl die Problematik der Poststellenschliessungen schon länger besteht, ist sie immer noch präsent.

Der Regierungsrat lehnt diesen Vorstoss mit der Begründung ab, eine Intervention des Kantons Bern direkt beim Bund oder bei der Post sei nicht stufengerecht und auch nicht zielführend.

Die Schliessung von Poststellen stösst in weiten Teilen der Bevölkerung, aber auch bei den lokalen Behörden auf wenig Verständnis. Betroffen sind längst nicht nur die ländlichen Gemeinden, sondern auch dicht besiedelte Gebiete ausserhalb der Zentren. Die Post liess sich bisher aber trotz teils heftiger Kritik nicht von den Restrukturierungsplänen mit diesem Ziel abbringen und dünnt das Poststellennetz weiter deutlich aus.

Am 14. Mai 2020 gab die Post einen Strategiewechsel bekannt. Das Poststellennetz soll nun entgegen früheren Planungen nicht weiter reduziert werden, sondern bei rund 800 Poststellen verbleiben, die die Post selber betreibt. Dieser Schritt der Post war längst überfällig, was denn auch die fast ausnahmslos positiven Reaktionen auf diesen Entscheid zeigten.

Vielleicht basierte dieser Strategiewechsel vom letzten Mai auf der Intervention des Kantons Bern – falls sie denn stattfand. Die Motion der Kollegin Heyer: «Moratorium bei der Schliessung von Poststellen» (*M 017-2019*) wurde nämlich in der Sesssion 2019 des Grossen Rates überwiesen. Damals sagte Regierungsrat Ammann, die Post müsse ihre Dienstleistungen anpassen. Das tat die Post. Sie ist immer noch dabei und passt ihre Dienstleistungen laufend an.

Für die Poststellen, die sich in der Überprüfung befinden – und dies sind im Moment auch nicht wenige – bedeutet dieser Strategiewechsel aber nichts. Poststellen werden weiterhin geschlossen.

Der Regierungsrat hat recht damit, dass sich die Digitalisierung spürbar auf den Postbereich auswirke. Die Schaltergeschäfte mit Briefen und Ein- und Auszahlungen sind rückläufig. Die Coronakrise verstärkt diese Entwicklung noch.

Eine gute Versorgung mit Dienstleistungen der Post ist für die Bevölkerung und die Wirtschaft des Kantons Bern wichtig. Zentral ist ein gutes Angebot, das die unterschiedlichen Bedürfnisse der Bevölkerung und der Gemeinden abdeckt. Die Post sollte ihre Aushängeschilder in die Moderne führen und sich an die sich ändernden Kundenbedürfnisse anpassen. Die Poststelle als Kompetenzzentrum für Dienstleistungen in der digitalisierten Welt wird nicht nur vom Konzern nicht gefördert, sondern verhindert. Ich setze mich für einen fairen Service public ein und vor allem für den Erhalt der Arbeitsplätze. Letzteres ist gerade hier eben nicht gewährleistet.

Ich bin ebenfalls offen für alternative Lösungen. Die Post hat aber sehr wohl eine genaue Vorstellung, wie die alternativen Lösungen aussehen sollen. Das Positive an der Lösung mit dem Lebensmittelladen sind die Öffnungszeiten. Es gibt aber auch viele negative Aspekte, wie zum Beispiel die Einzahlungen, welche die ältere Generation z. T. immer noch bar tätigt.

Wenn ein Dorfladen nicht mehr rentabel ist und durch eine Postagentur gerettet werden muss, dann dauert es vermutlich auch nicht mehr lange, bis beide weg ist.

Die Art und Weise wie die Post kommuniziert, stösst sehr sauer auf. Sobald die Ampel bei der Post auf Überprüfung gestellt wird, ist die Schliessung bereits beschlossen. Es geht dann nur noch um den Zeitpunkt und vor allem darum, dass die Post dann sagen kann, sie habe mit der Gemeinde zusammen eine gute Lösung gefunden.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung und die Annahme dieser Motion. Wie bereits im Jahr 2019 könnte eine Intervention des Kantons Bern die Post vielleicht dazu bringen, auf weitere Poststellenschliessungen zu verzichten.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionen. Ich gebe das Wort als Erstem Grossrat Ernst Tanner für die EDU-Fraktion.

Ernst Tanner, Ranflüh (EDU). Ich bin Mitmotionär und gebe meine Interessenbindung bekannt: Ich komme aus einer Randregion und habe gute Kontakte zu Menschen, die mit den ständigen Veränderungen bei der Post nicht zufrieden sind. In unserem Kanton wurden in den letzten Jahren viele Poststellen geschlossen. Seit einiger Zeit dürfen die Kunden bei mehreren geöffneten Poststellen nur noch an einen Schalter bedient werden. Der zweite Schalter bleibt geschlossen, bis die Warteschlange lang genug ist. Erst dann kommt meistens eine zweite Beamtin aus dem Hinterhalt hervor und bedient die wartenden Kunden am zweiten Schalter. Wenn man es ihnen so verleidet, ist es auch verständlich, dass immer weniger Kunden die Poststelle benutzen.

Der Hausservice, den es für abgelegene Orte gibt, wo es keine Poststelle mehr gibt, wird weiterentwickelt und digitalisiert. Das ist für die älteren Leute vielleicht auch nicht gerade so einfach. Das Steckschild, das man für den Hausservice am Briefkasten anbringen konnte, wird bei uns ab dem 30. März 2021 nicht mehr gültig sein und vom Pöstler eingezogen, wenn es noch benutzt wird.

Ich muss zugeben, dass aber ein Teil aus unserer Fraktion mit den Agenturen in Ihrer Region zufrieden ist und diese Motion ablehnt. Allen anderen empfehle ich: Stimmen Sie dieser Motion doch zu.

Andrea Rüfenacht, Burgdorf (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion unterstützt diese Motion hier grossmehrheitlich. Wieso? In den letzten zwei Jahren haben verschiedene Kantone schon Standesinitiativen zu Rettung ihrer Grundversorgung eingereicht. Der Kanton Bern ist hier nicht der einzige, in dem viele Leute nicht damit zufrieden sind, wie die Post operiert. Diese Kantone taten es mit der gleichen Überzeugung wie der Grossteil der SP-JUSO-PSA-Fraktion, nämlich weil die Versorgung der Bevölkerung wieder wichtiger werden muss als die Rentabilitätsziele und die Dividenden. Der Service public soll bei der Post wieder oberste Priorität haben.

Die Schliessungspläne der Post für das Poststellennetz haben wirklich sehr viele Leute massiv verärgert. Wir haben es vorhin schon gehört. Die Kommunikation war auch ziemlich suboptimal. Die Leute wollen eine gute Grundversorgung haben, die eigentlich allen zugänglich sein soll. Auch denjenigen, die vielleicht noch nicht so digital unterwegs sind, die sie brauchen und ihre Preise sollten angemessen sein. Klar, wir wissen auch, dass die Post hier wirklich in einem anspruchsvollen und schwierigen Umfeld arbeitet. Es werden ja deutlich weniger Briefe verschickt. Beim letzten Mal waren es jetzt noch einmal drastisch weniger. Dafür haben sie jetzt bei den Paketen gerade einen mega Hype, und die Zahlen gingen gerade hoch wie eine Rakete.

Es ist eine Tatsache, dass immer weniger Leute die Poststellen nutzen. Letztlich ist es aber auch immer nur eine Durchschnittsziffer. Es gibt sicher noch eine Gruppe von Leuten, die wirklich dringend darauf angewiesen ist, dass es noch eine Poststelle gibt. Diese sollte dann halt wirklich auch nicht derart weit weg sein.

In letzter Zeit gab es schon auch Änderungen der Postverordnung. Man kann schon fast sagen, es sei ein bisschen Augenwischerei. Man hat zwar die Erreichbarkeitskriterien verschärft, dafür wurden aber einfach alle Agenturen den Poststellen gleichgesetzt. Wir haben über die Agenturen schon vorhin gehört, dass es Kunden gibt, die es noch einen ganz guten Service finden. Andere haben aber gar keine Freude daran.

Für uns ist das Signal aber klar. Die Post will hier den Service-public-Auftrag an andere auslagern. Die Stossrichtung ist eben immer ein bisschen die gleiche. Wer soll es dann machen? Die, die es möglichst billig machen. Sie machen es dann wahrscheinlich preisgünstiger und billiger, bloss ist dann auch das Angebot entsprechend reduziert. Ich muss zugeben, dass ich persönlich auch nicht gerade sehr häufig auf eine Poststelle gehe. Ich gebe aber manchmal Massensendungen auf.

Wenn ich mir vorstelle, dass ich dies an einem Kiosk machen müsste, stelle ich es mir sehr schwierig vor, wie die Leute es dort dann entgegennehmen sollen.

Das Problem ist hier doch auch vielmehr der übergeordnete Auftrag, also die strategischen Ziele, die die Post haben soll. Sie soll ein rentables Wachstum zur branchenüblichen Rendite erreichen. Wie will sie es jetzt erreichen? Sie will es mit diesem Abbaukurs erreichen. Letztlich geht dies aber auf Kosten eines guten Service public. Aus Sicht der SP-JUSO-PSA-Fraktion ist das inakzeptabel. Darum: Eine breite Unterstützung der SP-JUSO-PSA-Fraktion für diesen Vorstoss.

Carlos Reinhard, Thun (FDP). Ja, mit vollem Verständnis, auch weil du, Barbara vielleicht vor einem Jahr persönlich betroffen warst. Ich habe mich ein bisschen darüber informiert. Wir hatten jemanden, der es mit der Postschliessung in deiner Region persönlich mitbekommen hat. Dort lief es für die Bevölkerung mit der Kommunikation wirklich sehr schlecht. Das ist ja das Problem bei Postschliessungen. Oft wird man vor den Kopf gestossen, ist enttäuscht, gezwungen nach neuen Lösungen zu suchen usw.

Dennoch lehnt die FDP diesen Vorstoss ab. Am Ende ist es ein Postbotenantrag für den Regierungsrat, eine bundes- und bundespolitische Aufgabe vollziehen zu gehen. Auch wir finden es nicht gut, wenn Poststellen verschwinden. Schuld sind aber eigentlich wir alle zusammen. Wir haben es auch von der Vorrednerin gehört: Wenn man einfach nicht mehr zur Post geht oder gehen muss, kann man nicht erwarten, dass etwas in der Struktur erhalten wird und dann kommt keiner, oder es kommen immer weniger Leute. Das ist das Problem. Die Post hat es mit Zusatzleistungen versucht. Sie haben Papeterieartikel verkauft und fast mehr andere Sachen gemacht als eigentliche Postaufgaben. Bei mir ist es auch so. Ich war sicher fast gefühlte zwei Jahre nicht mehr auf der Post, obschon ich mit der Firma sehr viel Postaufgaben habe. Ich kann es aber anders einfacher organisieren. Man kann viel digital machen. Man muss nicht einmal mehr für einen eingeschriebenen Brief an den Postschalter. Man kann es selbst aufkleben und erfassen usw.

Ja, auch Tante-Emma-Läden sind verschwunden. Der Schuhmacher ist auch verschwunden. Einfach, weil niemand in diese Läden ging. Bei den Tante-Emma-Läden gibt es jetzt aber zum Beispiel eine Trendwende, weil die Leute vielleicht ein bestimmtes Produkt wieder in der Nähe kaufen gehen, und es vielleicht etwas Neues gegeben hat. Wir selbst sind also schuld und nicht die Politik und schon gar nicht die Post.

Auch Banken schliessen die Schalter. Das hat man auch gehört. Es wird immer mehr mit dem Internet gearbeitet. Wie gesagt, wir haben hier ein gewisses Verständnis, dass etwas halt verschwindet, wenn man es nicht braucht. Wie gesagt, können wir es nicht durch den Regierungsrat sicherstellen, indem wir ihn beauftragen, dass die Postschalter bleiben, sondern nur durch unser Verhalten, die Post zu brauchen.

Wir lehnen diesen Vorstoss ab.

Alexander Feuz, Bern (SVP). Die SVP ist in dieser Frage sehr gespalten. Es ist ziemlich genau hälftig. Ein Teil ist dafür, ein Teil dagegen. Dann haben wir noch ein paar Enthaltungen.

Die Leute, die dagegen sind, schliessen sich weitgehend der Argumentation des Regierungsrates an. Ich halte fest, dass es hier den Motionsbereich betrifft. Es geht ihnen als Motion zu weit. Man sagt, es sei nicht stufengerecht. Die Post solle hier ihre Handlungs- und operative Freiheit behalten, und sie sehen ebenfalls die Agenturen als ausreichendes Angebot.

Ich persönlich – ich lege Ihnen meine Meinung offen – bin ganz klar für diese Motion. Es ist nicht das Hohelied des Liberalismus. Hier geht es darum, den Leuten zu helfen. Jetzt sagen Sie immer, die Agentur könne es abdecken.

Ich gebe Ihnen Beispiele dafür, dass die Agentur es eben nicht abdecken kann. Es sind unangenehme Sachen, die Sie meistens im Briefkasten haben: Zahlungsbefehle und Gerichtsurkunden. Diese können sie bei der Agentur nicht entgegennehmen. Natürlich ist es etwas Unangenehmes. Manchmal haben Sie aber vielleicht gerade ... In einer Krisenzeit gibt es Betreibungen. Vielleicht haben Sie aber auch einmal einen positiven Bescheid: ein Rechtsöffnungsgesuch, das durchgegangen ist. Wenn Sie dann aber irgendwie von Friesenberg nach Hinterkappelen gehen müssen oder von Lauenen nach Gstaad, haben Sie dann Wege. Eine grosse Firma, bspw. eine Krankenkasse hat einen eigenen Kurierdienst. Teilweise haben sie sogar Verträge mit gewissen Agenturen, die es ihnen machen können. Der typische KMU-Betrieb kann das aber eben nicht.

Die SVP der Stadt Bern hat sich auch eingesetzt gegen die Poststellenschliessung. Ich kann Ihnen ein Beispiel geben: Man hatte am Bärenplatz eine Poststelle als Provisorium, die mit x Bus- und Tramlinien gut erreichbar war. Man hat sie aufgegeben. Jetzt ist man oben im PostParc. Gerade für

ältere, betagte Leute und solche, die mit den elektronischen Sachen eben nicht so vertraut sind, ist es relativ schwierig. Ich bin auch der Meinung ... Es wurde schon gesagt, dass die Angebote der Steckkästen ja aufgehoben wird und auch bei den Agenturen ... Wenn Sie die Preise immer weiter nach unten anpassen und immer mehr Druck machen wie früher bei den Posthalterstellen, haben Sie niemanden mehr, der dazu bereit ist, und dann haben Sie einen noch weiteren Abbau.

Nach der Meinung unseres Kantons ist es nicht angebracht, dass man hier darauf verzichtet. Ich bin ganz klar hinter dieser Motion. Lesen Sie auch die Forderungen, dass man hier keine weiteren Poststellen schliesst. Ich bin selbst in der Quartierkommission Kirchenfeld. Dort sagte man zuerst auch: Wir kämpfen für diese Poststelle, wir schliessen sie nicht. Sie wurde jetzt geschlossen.

Auch die zweite Forderung – sie sehen, dass man hier sistiert, soweit noch keine Massnahmen getroffen sind ... Sonst haben wir am Schluss dann keine Poststellen, und dann haben wir ein Leistungsangebot.

Ich stehe mit Überzeugung hinter dieser Motion, und ich bitte auch die Wirtschaftsvertreter: Denken Sie an Ihre Kollegen aus dem ländlichen Raum oder in der Stadt, die auf diese Poststellen angewiesen sind. Es gilt «Zeit ist Geld». Wenn Sie dann pro Tag irgendwie 30 oder 40 Minuten wegen der Posttour verlieren, nützt es auch nichts. Darum bin ich persönlich und auch ein Teil der Fraktion ganz klar für diese Motion.

Matthias Matti, Gelterfingen (Die Mitte). Die Digitalisierung wirkt sich auch im Postbereich extrem aus. Stellen wir uns nur schon vor, wie viele Briefe durch Mails ersetzt wurden. Oder welche Konkurrenz der Post durch die privaten Pakettieförderdienste erwachsen ist. Die Reduktion des Poststellennetzes ist nachvollziehbar und eine Entwicklung, die sicher richtig und die zu bekämpfen aussichtslos ist.

Eine Intervention des Kantons direkt beim Bund oder bei der Post ist gemäss Regierung weder stufengerecht noch zielführend.

Für Die Mitte-Fraktion liegt das Augenmerk nicht auf der Schliessung der Poststellen, sondern auf der Sicherstellung einer zeitgerechten Postdienstleistung und dem Zugang für alle Bernerinnen und Berner zu den Dienstleistungen. Dies kann auf einer Poststelle passieren, aber auch in einem Dorfladen oder eben mit einem Hausservice. Die Mitte-Fraktion hat einen Vorstoss eingereicht, der genau darauf abzielt. Dieser Vorstoss jetzt nimmt leider eben nur auf die veraltete Poststelle Rücksicht.

Ich kann es Ihnen ganz ehrlich sagen: Wir müssen dort auch ein bisschen mit der Zeit gehen. Die Verpackung ist nicht wichtig. Früher hatten wir ein Telefon, das an der Wand hing und eine Drehscheibe hatte. Heute hat es jeder im Sack. Das ist es, was wir heute brauchen.

Der Service public ist für uns extrem wichtig. Wir müssen den Zugang dazu für alle Bernerinnen und Berner sicherstellen. Die Postdienstleistung von morgen soll im Dorfladen, in einem Gewerbebetrieb vollumfänglich und für den Betrieb kostendeckend – nicht auf Kosten des Betriebes – zur Verfügung gestellt werden. Die Öffnungszeiten werden dadurch ausgedehnt und die Verfügbarkeit für alle grösser. Dies braucht auch ein Engagement des Kantons, ein finanzielles Engagement, aber auch eines mit ein bisschen Power dahinter. Es stellt uns in den Dörfern die Dorfläden sicher und erhält die Post längerfristig aufrecht.

Weil es sich nur auf die Verpackung konzentriert, lehnt die Mehrheit der Mitte-Fraktion die Motion ab.

Barbara Stucki, Stettlen (glp). Ich kann mich vollumfänglich dem Votum meines Vorredners anschliessen, mit der Ausnahme, dass die Glp-Fraktion keinen entsprechenden Vorstoss eingereicht hat. Die Motionärin will ein Moratorium für die Schliessung von Poststellen und am Status quo festhalten. Sie hat recht, wenn sie sagt, es würden längst nicht nur Poststellen in dünn besiedeltem Gebiet geschlossen. Ich selbst wohne in Stettlen. Das ist zwischen Worb, Ittigen und Ostermundigen, also quasi hier um die Ecke. Die Post ist an der Hauptstrasse und am Weg zum Bahnhof. Sie ist nicht so schlecht frequentiert, aber auch sie wird geschlossen. Wir bekommen eine Agentur.

Die Post hat einen Grundversorgungsauftrag und dieser besagt, dass 90 Prozent der Bevölkerung innerhalb von 20 Minuten zu Fuss oder mit dem öffentlichen Verkehr die Postdienstleistungen in Anspruch nehmen können muss. Wo dies nicht geht, muss die Post einen Hausservice anbieten. Dort gelten 30 Minuten. Aktuell sind diese Werte für 95 Prozent der Bevölkerung erfüllt. 90 Prozent ist für die Post vorgeschrieben, 95 Prozent haben sie. Wir finden, es ist noch wichtig, dies festzuhalten.

Die grundversorgungsrelevanten Dienstleistungen wie die Paketpost und der Briefversand sind ext-

rem rückläufig. Der Vorredner sagte es auch. Das einzige, das zunimmt, ist die Paketzustellung. Wir wissen es aber alle, dass es lange nicht nur die Post ist, die Pakete zustellt. Mittlerweile gibt es hunderte Kurriere, die alle mit ihren Lieferwagen selbst hinfahren. Die Dienstleistungen werden digitalisiert, und die Bevölkerung wird mobiler.

Aus Sicht der Glp-Fraktion ist es wichtig, dass die Bevölkerung Zugang zu diesen Dienstleistungen haben muss. Auch wir sehen aber nicht ein, warum die Form der heutigen Poststelle auf Biegen und Brechen erhalten werden oder erhalten bleiben muss. Die Motionärin hat den Vorteil der Öffnungszeiten der Agenturen selbst erwähnt. Es ist etwas, das sogar im Dorf im oberen Emmental festgestellt wurde, in den ich aufwuchs. Es gab ein Riesengeschrei, als die Poststelle geschlossen wurde, und als sie dann im Volg war, der von 6 bis 19 Uhr geöffnet hat, fanden alle, es sei ja mega praktisch und sie könnten es ja gerade auf dem Weg zur Arbeit erledigen.

Wir sind der Meinung, dass dieser Vorstoss, der ein Moratorium für Poststellenschliessungen fordert, nicht zukunftsgerichtet und nicht zielführend ist. Der Werbespruch hier im Saal für einen Vorstoss, wie er jetzt wahrscheinlich von der BDP kommen wird, klang gut. Im dem Sinne, dass die Dienstleistung erhalten bleiben muss und nicht die Form oder Verpackung, in der sie kommt, wäre sie genau die Schiene, die auch die Glp-Fraktion vertritt.

Dem vorliegenden Vorstoss werden wir deshalb nicht zustimmen und bitten Sie, dies auch nicht zu tun.

Haşim Sancar, Bern (Grüne). Die grüne Fraktion unterstützt den Punkt 1 der Motion. Die Grünen waren in der Regel gegen die Schliessung von Poststellen, ob es nun Filialen in den Städten oder auf dem Land betrifft. Es geht immer um den Abbau des Service public, was auch vorhin wieder erwähnt wurde.

Die Post hat einen Auftrag und darf sich nicht am Gewinnstreben orientieren. Die Menschen möchten ihre Post in der Nähe haben. Die Post trägt an die Entwicklung der Volkswirtschaft bei und prägt einen Ort. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die grüne Fraktion wird Punkt 1 fast geschlossen unterstützen. Es gibt allerdings auch Bemerkungen, dass es mit dem Quartier- oder Dorfladen auch Chancen gebe und auch eine gewisse Anonymität gewährleistet sei. Wie erwähnt, unterstützen wir trotzdem mehrheitlich den Punkt 1, wonach sich der Regierungsrat bei der Post und den Bundesbehörden gegen weitere Schliessungen von Poststellen im Kanton Bern engagieren soll.

Wir können uns aber nicht für einen Dauerzustand engagieren und denken, dass auch in der Zukunft geprüft werden darf, ob eine Poststelle an einem Ort noch gerechtfertigt ist. Deshalb werden wir den Punkt 2 als Motion ablehnen. Für ein Postulat gibt es ein paar Stimmen. Ich persönlich werde beide Punkte als Motion unterstützen.

Präsident. Das heisst, wir werden über den Vorstoss dann punktweise befinden. Wir machen weiter mit der achten Fraktionssprecherin, Grossrätin Barbara Streit für die EVP.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Die EVP versteht, dass die Schliessung – in diesem Fall der Poststelle Wimmis – der Gemeindepräsidentin Barbara Josi sauer aufgestossen ist und dass es für Wimmis ein Einschnitt ist. Trotzdem sind wir skeptisch, dass der Kanton Bern hier eingreifen sollte. Wir sind der Meinung, dass man vor Ort – in diesem Fall also auf der Ebene Wimmis – nach guten Lösungen suchen müsste. Es sollte eigentlich ja auch im Interesse der Post sein, ihre Kundinnen und Kunden möglichst gut zu bedienen und dass diese nach der Poststellenschliessung möglichst noch zufriedener sind als vorher. Wir geben aber zu, dass wir auch froh sind, dass in der Vergangenheit auf verschiedenen Ebenen immer wieder Druck ausgeübt wurde, damit weniger Poststellen geschlossen werden und man gute Lösungen nach der Poststellenschliessung findet. Nur aus diesem Grund finden wir heute die Lösungen, die nachher unter Umständen sogar zu einer Verbesserung führen.

In diesem Fall jetzt werden wir dem Regierungsrat aber folgen und diesen Vorstoss ablehnen. Zu diesem Schluss kamen wir, weil in unserer Fraktion die positiven Erlebnisse nach Poststellenschliessungen überwogen. Ich wohne im gleichen Quartier wie Alexander Feuz, habe aber eine ein bisschen andere Sicht darauf, was in unserem Quartier jetzt gerade passiert ist.

Bei uns wurde gerade im letzten Oktober die Post geschlossen, die praktisch von unserer Haustüre lag. Ich habe mich natürlich auch geärgert, als ich das erste Mal davon hörte, dass die Post dann geschlossen werde. Heute muss ich aber rückblickend sagen, dass die Lösung, die wir gefunden haben, sogar besser ist als vorher. Ich hatte die Poststelle vor allem für Massenversände und schwere Pakete genutzt, die ich nicht sehr weit tragen musste. Jetzt kann ich diese Pakete aber in

der Apotheke im gleichen Einkaufszentrum abgeben, in dem vorher die Post war. Ich werde mindestens so freundlich bedient wie vorher, und die Öffnungszeiten sind erst noch länger als zuvor. Zwei Tramstationen von uns entfernt haben wir jetzt eine neue Post, die in viel schöneren, hellen Räumlichkeiten ist und die auch neue Dienstleistungen anbietet. Man kann nämlich 24 Stunden lang ein Paket aufgeben oder abholen. Wir können auch jederzeit Einzahlungsscheine einscannen, wenn wir etwas einzahlen wollen.

Es ist unbestritten, dass die Schliessung einer Poststelle für ein Dorf sehr einschneidend ist. Das wollen wir überhaupt nicht in Abrede stellen. Wir denken aber, dass man vor allem auf lokaler Ebene probieren muss, nach guten, massgeschneiderten Lösungen dafür zu suchen, wie man die Agentur dann einrichten kann usw.

Wie gesagt werden wir als EVP-Fraktion, diesen Vorstoss ablehnen.

Präsident. Dann haben sich noch vier Einzelsprechende eingeschrieben. Ich gebe das Wort zuerst Grossrätin Lydia Baumgartner.

Lydia Baumgartner, Jegenstorf (SP). Ich habe diese Motion miteingereicht. Wir haben jetzt mehrfach gehört, dass der Service der Poststellen gebraucht wird. Die Poststellen bilden einen Grundpfeiler des Service public, sei es auf dem Land oder im Stadtquartier. Schliessungen benachteiligen ältere und weniger mobile Menschen. Auch dies kam bereits zum Ausdruck.

Mir geht es aber nicht alleine um die Poststellen, sondern auch um die Entfernung der Briefkästen in Quartieren, die fatale Einschnitte in die Selbständigkeit von Bürgerinnen und Bürgern sind. In Zeiten der Pandemie wurde den Menschen – insbesondere den älteren Generationen – eingetrichtert, möglichst zuhause zu bleiben, was der Sache wegen auch richtig und leider immer noch nötig ist. Es ist aber ein Jammer, wenn gerade diese Menschen in solchen Zeiten wie der aktuellen, nicht einmal mehr selbständig einen Brief verschicken können. Ja, man kann auch sagen, heute funktioniert alles digital und dass man sogar Express-Briefe aufgeben könne. Es ist aber einfach nicht allen gegeben, und es ist nicht überall der Fall. Nicht alle Menschen bewegen sich unbeschwert in der digitalen Welt und zwar nicht nur die ältere Generation. Diese Leute sind deshalb nicht minderwertig.

Es gibt auch immer noch Abläufe in amtlichen Prozessen – zum Beispiel die Direktzahlungen in der Landwirtschaft, was ich jetzt zufälligerweise weiss –, bei denen die Formulare zwar digital ausgefüllt werden können, man die letzte Seite aber gleichwohl unterschreiben und in Papierform einschicken muss.

Es ist auch unökologisch, wenn die Bürgerinnen und Bürger gezwungen sind, einen Brief mit dem Auto zur nächsten Poststelle zu bringen, nur eine Poststelle besteht oder im Quartier Briefkästen in der Nähe fehlen. Der Service einer Post muss allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich sein. Es lässt sich aber darüber diskutieren, in welcher Form. Ein Postbüro kann durchaus beim Bäcker oder in der Apotheke eingerichtet werden. Es nützt aber nur etwas, wenn auch Einzahlungen gemacht werden können oder ein Paket aufgegeben werden kann.

Es ist aber auch klar, dass die Post die Leistungen nur gewährleisten kann, wenn sie die nötigen Ressourcen bekommt. Für Kostendruck der Politik hat es hier keinen Platz, und ich hoffe, dass auch auf nationaler Ebene einige zuhören. Wenn sich die Parteien nun aber von links bis rechts für einen fairen Service public für unsere Bevölkerung einsetzen und die Tatsache akzeptieren, dass die Post als Staatsbetrieb nicht durchs Band weg rentieren muss, habe ich doch grosse Hoffnung. Ich möchte Sie bitten, der Umsetzung der Motion zuzustimmen.

Fritz Ruchti, Seewil (SVP). Mein Name: Fritz Ruchti, ich komme aus 3256 Seewil bei Dietiswil. Das ist meine genaue Postadresse. Wenn man irgendwo in einem Geschäft «Seewil bei Dietiswil» sagt, schauen sie meistens bei Dietiswil und finden dann diesen Fritz Ruchti nicht. Daraus sieht man, wie sich die Landschaft eigentlich verändert hat. Ich weiss es: Ich bin auch einer von denen, die sich stetig verändern. Ich bin aber vielleicht ein kleines bisschen einer von denen, die sich langsam verändern oder langsamer verändern und appelliere an Sie, sich Gedanken darüber zu machen, wen wir eigentlich vertreten. Wir vertreten hier im Saal das Berner Volk. Das Berner Volk ist nicht nur in Zollikofen oder Bern oder Thun oder so. Es ist auch irgendwie in Hinterfultigen oder eben in Seewil oder in Vogelsang oder weiss ich nicht wo. Genau diese Klientel vertrete ich hier im Saal.

Ich bin mir bewusst, dass heute fast alles digital von statten gehen kann. Man hat aber doch auch Rücksicht zu nehmen auf ältere Leute oder eben Leute, die in den Agglomerationen oder draussen den Destinationen wohnen, die eben nicht so konform sind, eine Post haben und wo alles in der

Nähe ist. Auf sie müssen wir heute Rücksicht nehmen und an sie denken und ihnen nicht noch das letzte nehmen, was man ihnen noch nehmen kann und dass man heute alles nur noch mit diesen Kästen erledigen kann, die wir hier vor uns haben. Es gibt noch sehr, sehr viele, die das nicht können. Darum habe ich Barbara Josi geholfen diese Motion zu unterschreiben und bin Mitmotionär aus voller Überzeugung.

Wir haben einen Auftrag des Service public, dass wir hier im Saal an alle denken und nicht immer mehr Gas geben und wegrationalisieren. Plötzlich kommt dann einmal eine Zeit, in der wir dann eine Arbeitslosigkeit von über 3 Prozent haben und wo wir dann vielleicht froh wären, wenn man den einen oder anderen Posten bei der Post noch hätte und man dann am Morgen Post die bringen könnte.

Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie am Freitagnachmittag der Postler das gelbe Heft bringen kam, als ich ein kleiner Bub war. Dabei merke ich auch, wie alt ich auf eine Art geworden bin.

Werte Kolleginnen und Kollegen, denken Sie daran, dass wir hier im Saal nicht nur die grossen Agglomerationen vertreten und helfen Sie jetzt einmal, diesen Stadt-Land-Graben hier ein bisschen auszuebnen, indem Sie die Punkte 1 und 2 dieser Motion annehmen helfen.

Madeleine Amstutz, Sigriswil (SVP). Poststellenschliessungen sind leider ein Dauerthema. Wir schliessen hier und hier eine Poststelle, dafür bleibt dann die und die stehen. Das habe ich schon ein paar Mal gehört und ein paar Jahre später ist es dann eben schon nicht mehr so und auch die grössere Post bleibt dann nicht mehr bestehen. Die Preise für Postdienstleistungen steigen. Die Dienstleistungen sinken für mich, wenn ich dann in einer Agentur, das Paket selbst frankieren und v. a. auch selbst wissen muss, wie hoch. Auch die Zusammenarbeit zwischen den Agenturen und Poststellen ist nicht immer problemlos. Tragen wir darum Sorge zu unserem bestehenden Service public und auch zu den Landregionen. Die Agenturen im Dorfladen können nicht alle Dienstleistungen machen. Das haben wir heute hier im Saal schon genug gehört.

Ich will Poststellenschliessungen stoppen. Helfen auch Sie darum mit, diese Motion zu unterstützen.

David Stampfli, Bern (SP). Ich werde den Vorstoss, den meine Fraktionskollegin, Lydia Baumgartner miteingereicht hat, sehr gerne unterstützen, weil ich eigentlich finde, dass es falsch ist, was wir bei den Poststellen machen. Ich mache mir aber keine grossen Illusionen, dass es etwas nützen würde, wenn dieser Vorstoss überwiesen werden würde.

Seien wir ehrlich: Das Problem liegt an einem ganz anderen Ort. Das Problem liegt an der neoliberalen Politik, die auf nationaler Ebene betrieben wird. Es geht darum, dass der Service public nichts kosten darf und dass überall abgebaut wird. Das, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist das Hauptproblem, insbesondere derjenigen Fraktion, die diesen Vorstoss eingereicht hat. Sie müssen mit Ihren nationalen Kolleginnen und Kollegen reden gehen, damit sie endlich ihre Politik ändern. Dass die Post abbauen muss – das gleiche gilt übrigens auch für den öffentlichen Verkehr – ist nur dem geschuldet, dass man kein Geld für den Service public hat. Und dann wundern Sie sich, dass am Schluss in Ihrem Dorf oder Quartier die Poststelle abgebaut wird? Dann wird gejammert und es werden Briefträgervorstösse eingereicht, dass man doch schauen solle, dass keine Poststellen mehr geschlossen werden.

Es muss etwas Grundsätzliches geändert werden. Die Post macht nur das, was sie auf nationaler Ebene als Auftrag bekommen hat: Sie soll bitte sparen, soll wirtschaftlich funktionieren, und sie darf ja nichts kosten, weil sonst der Steuerzahler plötzlich mehr zahlen muss. Darum geht es. Sie sind selbst verantwortlich für diese Politik und hier bekommen Sie jetzt die Quittung dafür.

Ich werde dem Vorstoss gerne zustimmen. Ich mache mir keine Illusionen.

Präsident. Die Debatte ist erschöpft. Ich gebe das Wort Regierungsrat Christoph Ammann.

Christoph Ammann, Wirtschaftsdirektor. Es ist der vierte Vorstoss zum gleichen Thema seit meinem Amtsantritt, und ich sage Ihnen auch heute die Begründung der Regierung – ich habe es jetzt schon dreimal gemacht und mache es jetzt zum vierten Mal – mit der Kurzformel: Die Regierung will einen guten Service public, aber – mit Blick auf diesen Vorstoss – sie will nicht einfach Strukturerhaltung um jeden Preis. Darum geht es hier. Strukturerhaltung um jeden Preis will die Regierung nicht. Darum lehnt sie den Vorstoss aus sachlichen Gründen ab.

Sie lehnt ihn aber auch aus Gründen der Instrumente und der Wirkung ab, die eine Intervention hätte, wie die jetzt verlangte. Wir haben es in der Antwort auf diesen Vorstoss ausführlich dargelegt. Ich habe dazu keine weiteren Bemerkungen. Ich bitte Sie, diesen Vorstoss abzulehnen.

Präsident. Dann kommen wir zur Beschlussfassung zu Traktandum ... (*Die Motionärin hebt ihre Hand. / La motionnaire lève la main.*)...Entschuldigung, jetzt war ich zu schnell. Selbstverständlich hat die Motionärin das Wort, Grossrätin Barbara Josi.

Barbara Josi, Wimmis (SVP). Ich danke Ihnen allen für die rege Diskussion. Ich glaube, das Schlussvotum hätte es hier gar nicht gebraucht. Ich möchte noch etwas klarstellen: Es geht hier nicht um Wimmis und auch nicht darum, ob ich in Wimmis Gemeinderatspräsidentin bin und ob ich dort die Verhandlungen geführt habe oder nicht. Es geht wirklich darum, dass Wimmis wirklich kein Einzelfall war, was die Kommunikation anbelangt.

Es geht darum, dass man den Strategiewechsel vielleicht auch bei denen hätten vollziehen können, die in der Überprüfung sind, als der Strategiewechsel stattfand und die Post es so kommunizierte. Dann möchte ich noch etwas zu den Tante-Emma-Läden sagen. Ja, Carlos, du hast wirklich recht. Sie verschwinden aus unseren Dörfern, aber ein Dorf lebt doch genau von diesen Läden. Es lebt von der Käserei, der Molkerei und von der Metzgerei. Dazu gehört auch die Post. Die Leute kaufen einheimische Produkte ein, und von so etwas lebt doch auch das Dorf. Es macht dann auch noch ökologisch Sinn, weil man dann nicht mit den Autos in der Gegend herumfährt von hier nach da.

Dies wäre nur noch so ein Nebengeräusch, das ich hier noch anmerken darf. Ich danke allen, die dem Vorstoss zustimmen.

Präsident. Zweiter Versuch: Beschlussfassung zu Traktandum 102, der Motion von Grossrätin Barbara Josi «Keine weiteren Poststellenschliessungen». Wir befinden über die beiden Punkte separat. Wer die Ziffer 1 annehmen will, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.181; Ziff. 1)

Vote (2020.RRGR.181 ; ch. 1)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 88

Nein / Non 46

Enthalten / Abstentions 11

Präsident. Sie nehmen die Ziffer 1 an, mit 88 Ja- und 46 Nein-Stimmen bei 11 Enthaltungen. Dann kommen wir noch zu Ziffer 2. Wer sie annimmt, stimmt Ja. Wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.181; Ziff. 2)

Vote (2020.RRGR.181 ; ch. 2)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 82

Nein / Non 51

Enthalten / Abstentions 16

Präsident. Sie nehmen auch die Ziffer 2 an, und hier im Verhältnis mit 82 Ja-, 51 Nein-Stimmen bei 16 Enthaltungen.